

Empfehlungen für Familienfreundliche Parlamente im Kreis Groß-Gerau 2024

Inhalt

- Entstehung
- Inhalte
- Rückmeldungen des Rechtsamtes
- Wie gehen wir weiter damit um? Wie wird es in den Kreis getragen?
- Veranstaltungen für Politiker*innen
- Fragen

Entstehung

- Ziel 2021: Frauenanteil in den Parlamenten erhöhen
- Ziel 2022 und fortlaufend: Mandatsträger*innen unterstützen, um ihnen den Erhalt des Mandats zu erleichtern
- Parlamentarier*innen aus verschiedenen Parlamenten wenden sich an FB aus dem Kreis und bitten um Hilfe.
- Außerdem angesprochen Melanie Wegling (MdB, Kreistag und Stadtparlament)
- Mit Politiker*innen aus dem Kreis Gro-Gerau (in der Hauptsache mit Familienverantwortung) Gesprächsrunde
- Daraus resultierende Empfehlungen wurden mit Frauenbeauftragten besprochen.
- Diese wurden im August dem Rechtsamt vorlegt.

Inhalte der Gespräche mit den Politikerinnen

- **Debattenkultur** (Respektvoller und Wertschätzender Umgang statt Sexismus, Zeitwächter*in)
- **Wahlkampf und Listenaufstellung** (Wie gewinnen die Parteien neue Mandatsträger*innen?)
- **Sitzungsorganisation** (Wann finden Sitzungen statt? Wie lang gehen diese? Redezeit. Flexible Änderungen der Tagesordnung, um früher gehen zu können)
- **Mandatspause** (Das Amt für einen bestimmten Zeitraum niederlegen, wegen Familienaufgaben. Stimme an eine weiteres Fraktionsmitglied übertragen, wegen Abwesenheit)

Empfehlungen

- **Empfehlungen für Familienfreundliche Parlamente** Auskunft erteilt das Büro für Frauen und Chancengleichheit in Zusammenarbeit mit Kommunalen Frauenbeauftragten und Abgeordneten aus verschiedenen Parlamenten Stand: September 2022
 - **Ziel:** Mehr Menschen mit Familienverantwortung in die Parlamente bzw. in die Kommunalpolitik bringen und/oder die Unterstützung für aktuelle Mandatsträger*innen
 - **Begründung:** Parlamentsarbeit und Kommunalpolitik sind Ehrenämter, die leider immer schwieriger zu besetzen sind. Besonders für Menschen mit Familienverantwortung ist die Ausübung eines solchen Ehrenamtes mit Hürden verbunden, da Sitzungszeiten und Absprachen häufig und in den Abendstunden stattfinden. Wenn sie sich dennoch für ein solches Mandat aufstellen lassen, gehen sie mit großem Verantwortungsbewusstsein und Engagement an die Sache. Um die Entscheidung für ein Mandat und die Ausübung dessen, etwas einfacher zu gestalten, organisieren die Parlamente im Kreisgebiet Groß-Gerau ihre Arbeit familienfreundlicher.
 - Mit Hilfe von Politiker*innen, die Mandate von Gemeinde-, über Kreistag bis hin zu Bundestag innehaben, wurden die vorliegenden Empfehlungen entwickelt. Dabei haben sich Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte aus dem Kreisgebiet engagiert und ebenfalls ihr Wissen weitergegeben. Der Leitfaden wird in den unterschiedlichen Frauenkommissionen im Kreisgebiet vorgestellt, mit der Bitte diese an die örtlichen Parlamente weiter zu geben.
1. Debattenkultur
 - Im Parlament gehen wir sensibel und sorgfältig miteinander in unseren Debatten um. Wir benutzen diskriminierungsfreie Sprache und lassen andere aussprechen. Wir führen eine Redner*innenliste in der darauf geachtet wird, dass Männer* und Frauen* die gleichen Redeanteile haben.
 2. Wahlkampf und Listenaufstellung
 - Wir denken den Wahlkampf neu. Menschen mit Familienverantwortung können ihren Wahlkampf mit vielen Pausen selbst gestalten. Sie werden in ihrem Wahlkampf individuell und nach ihren Bedürfnissen unterstützt.
 - Bei der Listenaufstellung verpflichten wir uns dazu, eine diverse Liste aufzustellen und darauf zu achten, möglichst alle in der Gesellschaft vertretenen Gruppen abzubilden (Frauen*, Männer*, Menschen mit Behinderung, Menschen mit Migrationsbiographie, Menschen mit unterschiedlicher sexueller Orientierung usw.)

Empfehlungen

3. Sitzungsorganisation

- Wir haben im Blick wie unser Parlament zusammengesetzt ist (Wer hat Familienverantwortung und welche?)
- Wir machen keine Sitzungen in den Schulferien und an Sonntagen. Diese Zeiten sind der Familie vorbehalten.
- Säuglinge können mit in die Sitzungen gebracht werden, solange das von den Eltern so gewollt ist. Wenn die Kinder älter sind, können Babysitter*innen engagiert werden und die Babysitter*innen Kosten werden von der Stadt/Kreis übernommen. Der Beginn einer Sitzung wird mit den Teilnehmenden abgesprochen, so dass eine passende Zeit für Alle gefunden wird.
- Die Tagesordnung wird so strukturiert, dass Abstimmungen bei denen es auf alle Stimmen der einzelnen Fraktionen ankommt, am Anfang sind. Wir führen für alle Themen eine zeitliche Begrenzung ein, so dass das Sitzungspensum auch abgearbeitet werden kann. Für die Einhaltung der zeitlichen Begrenzung setzen wir ein*e Zeitwächter*in ein und alle verpflichten sich konzentriert zu arbeiten, damit ein reibungsloser Ablauf gewährleistet ist. Wir machen in unseren Sitzungen ausreichend Pausen, um Stillen, Wickeln etc. zu ermöglichen.
- Die Unterlagen für die Sitzungen kommen mit großem zeitlichen Vorlauf, um viel Zeit zur Vorbereitung zu ermöglichen.
- Ausschusssrunden werden so organisiert, dass nicht 4 Abende hintereinander betroffen sind.

4. Mandatspause (Elternzeit für Parlamentarier*innen)

- Parlamentarier*innen können sich nach der Geburt ihres + Nachwuchses bis zu einem halben Jahr von Plenar- und Ausschusssitzungen freistellen lassen, ohne ihre Mandate zu verlieren. Damit sich die politischen Kräfteverhältnisse nicht durch Abwesenheit verschieben, einigen sich die Fraktionen auf eine sogenannte Pairing-Regel: Beim Fehlen eines*r Abgeordneten in Elternzeit bei einer Abstimmung verzichtet ein*e Parlamentarier*in der Gegenseite auf seine/ihre Stimme. (siehe Landtag Baden-Württemberg)

Rückmeldung Rechtsamt

- Grundsätzlich positive Rückmeldung.
- Vieles kann über eine Geschäftsordnung geregelt werden.
- Nicht möglich: schriftliche Übertragung der Stimme auf den*die Fraktionsvorsitzende*n

Wie ging es weiter?

- Frauenkommission (Kreis und Städte)
- Besprechung und hoffentlich Umsetzung in den Parlamenten
- Infobroschüre für Parteien, für die Beschäftigung mit dem Thema Vereinbarkeit auch in den Parteien und Fraktionen
- Gespräche mit Stadtverordnetenvorsteher*innen, Kommunalpolitiker*innen und dem Ältestenrat
- Gespräche mit den Frauenpolitischen Sprecherinnen des hessischen Landtages